

## Teil III

# Nach dem Ende von Diktaturen - Der Fall Deutschland Deutschland aushungern lassen?

### **Buchseite 205- 214 von Jon Elster**

„Die Übergangsjustiz in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg war zahlreichen, mitunter widersprüchlichen Beschränkungen unterworfen. Unter den Alliierten waren einige der Ansicht, eine drakonische Bestrafung des deutschen Volkes- vor allem durch eine Zerstörung seiner Produktionsmittel- sei der beste Weg, um ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus zu verhindern. Andere glaubten, dieses Ziel verlange eine strikte Beschränkung der Strafmaßnahmen, ein „Karthagischer Frieden“ werde sich als kontraproduktiv erweisen. Wiederum andere ( und mitunter auch die gleichen Personen) vertraten den Standpunkt, es sei geradezu absurd, Deutschland in einer Zeit, in der Westeuropa dringend auf wirtschaftliche Ressourcen angewiesen sei, durch eine Zerstörung seiner industriellen Kapazitäten zu bestrafen. Die aufkommende kommunistische Bedrohung veranlasste die Alliierten schließlich dazu, ihre anfängliche Strenge deutlich abzumildern.

Am augenfälligen waren Strafverfolgung und Entschädigung dadurch eingeschränkt, dass man glaubte, man brauche ein starkes Deutschland als Puffer gegenüber den aggressiven Absichten der Sowjetunion. Schon während des 1. Weltkrieges hatte Churchill „Lloyd Georges Kriegskabinet“ gewarnt, dass sie( die deutsche Armee) möglicherweise wieder aufbauen und Deutschland wieder auf die Beine helfen müssten, um den Bolschewismus aufzuhalten. In fast identischen Duktus erklärte er im Oktober 1943 gegenüber Anthony Eden: „ Wir dürfen Deutschland nicht zu sehr schwächen, wir brauchen es vielleicht noch gegen Russland.“ Zu diesem Zeitpunkt (und in den folgenden Jahren) war nur eine Minderheit dieser Ansicht. (Wie wir noch sehen werden, war Churchill später durchaus bereit zu einem karthagischen Frieden mit Deutschland). Doch von 1947 an, verschob sich grundsätzliche Priorität der amerikanischen Politik in Westdeutschland von der Bestrafung der Nazis hin zum ökonomischen Wiederaufbau im allgemeinen Interesse westeuropäischer Sicherheit gegenüber der sowjetischen Bedrohung. Deshalb wies der neue Verteidigungsminister James Forrestal im August 1947 (General Lucius) Clay an, die Entnazifizierungsverfahren zu beenden. Restitutionsfragen wurden jedoch auch durch Belange des Kalten Krieges bestimmt. Der Schweiz bspw. gingen alle diese Mächenschaften (nämlich ihre geringe Kooperationsbereitschaft) durch, weil der Kalte Krieg ausbrach. Europa und besonders Deutschland mussten als Frontstaaten im Krieg gegen Stalins aggressives Reich in Osteuropa ausgebaut werden. Das Problem der Reparationen trat in den Hintergrund. Es ist deshalb kein Zufall, dass die zweite Welle transistionaler Gerechtigkeit, welche die von deutschen Firmen beschäftigten Arbeitssklaven und Zwangsarbeiter endlich entschädigte, erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus möglich war.

1944/45 jedoch war die amerikanische Einstellung gegenüber der Sowjetunion deutlich positiver, man könnte auch sagen, naiver. Kriegsminister Henry Lewis Stimson bspw. der den NKWD (die sowj. Geheimpolizei) mit der Gestapo gleichsetzte, war erschüttert über den Terror, der innerhalb der Sowjetunion herrschte. „Stalin hat seinem Volk vor kurzem eine Verfassung mit garantierten Grund-rechten, eine wie die unsere, versprochen“, schrieb Stimson. Ich habe jetzt den Eindruck, dass wir ihn mit Erfolg so weit gebracht haben, seine versprochene Reform endlich durchzuführen, mit der zwangs-läufig die Auflösung der Geheimpolizei verbunden ist.

In dieser Phase hatte die Einstellung gegenüber der UdSSR noch keinen Einfluss auf die Diskussionen innerhalb der Regierungen Roosevelt in Sachen Übergangsjustiz, in denen sich Stimson und Finanzminister Henry Morgenthau unversöhnlich gegenüberstanden. Am Ende setzte sich Stimson durch. Die Nürnberger Prozesse 1945/46 entsprachen weitgehend seinen

Vorstellungen. Die drakonischen ökonomischen Maßnahmen, für die sich Morgenthau ausgesprochen hatte, wurden zu Gunsten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus verworfen. An die Stelle der politischen Justiz, die Morgenthau vorgeschlagen hatte, trat die legale Rechtspraxis.

Eine Unmenge an Material für die Frühphase dieser Entwicklung findet sich in einem außergewöhnlichen Dokument, das als das „Morgenthau- Tagebuch“ über Deutschland bekannt ist. Es handelt es sich dabei nicht wirklich um ein Tagebuch, sondern um eine Sammlung offizieller Dokumente, von Memeranden, Gesprächsprotokollen von Besprechungen und Telefonaten sowie allerlei anderen Dokumenten, die Morgenthau gesammelt und in seinem Büro aufbewahrt hatte. Sie wurden 1967 vom Sicherheits-Unterausschuss des US-Senates veröffentlicht. Ausschuss wie Unterausschuss standen unter dem Vorsitz von James O. Eastland, einem Senator aus Mississippi, der extrem antisemitische und rassistische Ansichten vertrat und gleichermaßen strammer Antikommunist war. Mit der Edition der Dokumente wurde Anthony Kubek beauftragt, Professor für Geschichte an der UNI Dallas, der später zu den Holocaust-Leugnern im *Journal of Historical Review* gehörte. (Ein Text von Kubek zu Morgenthaus Tagebüchern findet sich unter [www.codoh.com/germany/GERMORGENTHAU](http://www.codoh.com/germany/GERMORGENTHAU) )

Wegen Morgenthaus enger Arbeitsbeziehung zu Harry Dexter White, einem angeblichen kommunistischen Agenten (was aber nie bewiesen werden konnte) kam Kubek zu dem Schluß, hinter Morgenthaus Plan, Deutschland zu deindustrialisieren, habe der Wunsch gestanden, dort eine Machtübernahme der Kommunisten zu ermöglichen. Stimson betrachtete den Morgenthau-Plan als pures Strafgericht, das seinen tieferen Grund darin habe, dass Morgenthau Jude war. Morgenthaus Politik gegenüber einzelnen Naziführern wollte von Gerichtsverfahren ganz absehen. Er wollte lieber eine Liste mit etwa 250 Personen erstellen, die nach ihrer Festnahme sofort hingerichtet werden sollten.

Auch die Briten waren anfänglich für die summarische Hinrichtung einer kleineren Zahl von Personen, konnten sich jedoch nicht darüber verständigen, wer dazu gehören sollte. Ein zweiter Aspekt von Morgenthaus Politik lässt sich bis zu einem Memorandum zweier Beamter aus dem Finanzministerium im Jahr 1943 zurückverfolgen. Kernidee war: Indem man Deutschland die Möglichkeiten zur Herstellung von synthetischem Treibstoff und Stickstoff nimmt und es daran hindert, Bestände von kriegswichtigen Rohstoffen anzulegen, werden wir Deutschland, militärisch gesprochen, kampfunfähig machen , *ganz egal was das Volk in diesem Land will*“.

Die kursiv gesetzte Wendung dokumentiert die Absicht, sich um die objektiven Möglichkeiten des deutschen Volkes, Krieg zu führen, zu kümmern und nicht um dessen subjektive Kriegsbegeisterung. Später weiteten Morgenthau und seine Mitarbeiter diesen Vorschlag beträchtlich aus: Die Kohle-gruben im Ruhrgebiet sollten geflutet oder gesprengt und fünfzig Jahre lang versiegelt werden, um die Deutschen unfähig zu machen, künftige Kriege zu führen. Die Deutschen sollten daran gehindert werden, irgendeine Form von Industrie zu entwickeln, die auch militärischer Produktion dienen konnte.(Pflugscharen zu Schwertern): Wenn du ein Fahrrad hast, kannst du auch ein Flugzeug haben.Wenn du auch ein Kinderwagen hast, kannst du auch ein Flugzeug haben.“

Morgenthaus Plan einer Zerschlagung der deutschen Industrie wurde Mitte Sept.1944 beim Treffen zwischen Roosevelt und Churchill in Quebec übernommen. Zwar war Churchill Anfangs dagegen, doch ließ er sich schließlich durch das Argument umstimmen, das Großbritannien von der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz profitieren werde, zudem gab es möglicherweise auch ein quid pro quo: britische Zustimmung und im Gegenzug Wiederaufbaukredite für Großbritannien.

In der in Quebec veröffentlichten „Direktive über Deutschland“ hieß es, dass die Deutschen „einen Großteil der Industrieanlagen in Russland und anderen mit und verbündeten Ländern

zerstört haben“ und es ist deshalb nur recht und billig, dass die betroffenen Länder als Ausgleich für die Verluste, die sie erlitten haben, Anspruch auf die dringend benötigten Maschinen haben. Reparationen durch den Transfer von Anlagegütern konnten somit zweifach motiviert sein: als gerechte Entschädigung für die Opfer des NS-Regimes und als Schlag gegen Deutschlands industrielle und militärische Kapazitäten. Hätte man im Gegensatz dazu die gleiche Politik wie nach dem Ersten Weltkrieg verfolgt und die Reparationsleistungen aus der weiterlaufenden Produktion finanziert, so wären diese Kapazitäten bestehen geblieben. Anschließend hieß es in der Direktive: „Dieses Programm zur Beseitigung der Kriegsindustrien an der Ruhr und an der Saar zielt darauf ab, Deutschland in ein Land zu verwandeln, das in erster Linie von Land- und Viehwirtschaft geprägt ist“. Morgenthau behauptet, Roosevelt habe Deutschland auf den Stand von 1810 zurückversetzen wollen: „Die Menschen in Deutschland könnten auch ohne Badezimmer zurechtkommen und trotzdem glücklich sein“. Seine eigene Einstellung (Morgenthau) war dazu gnadenlos: „Mir ist egal, was mit der Bevölkerung geschieht, sollen sie doch in ihrem eigenen Saft schmoren“.

Die De-Industrialisierung war Morgenthau Hauptstrategie. Zusätzlich schlug er eine politische Dezentralisierung vor, sowie die Zerschlagung der Junker-Güter. Deutschland sollte nicht nur Gebiete an die Nachbarländer abtreten, (**Beamte des Finanzministeriums machten in dieser Hinsicht einige ausgefallene Vorschläge: Lt.eines Memorandum würde das Gebiet, das an Frankreich geht, etwa 2 Mill. Einwohner umfassen; das an Polen geht etwa 6 Mill.;und das an die Niederlande und Belgien abgetreten wird 12 bis 13 Mill Einwohner. Gemäß einen späteren Vorschlag sollte Dänemark die Gebiete zwischen seiner gegenwärtigen Grenze und der Internationalen Zone nördlich des Kieler Kanals erhalten, die endgültige Fassung enthielt dann nur noch Gebietsabtretungen an Frankreich und Polen.**) sondern auch in einen Nord- und einen Südteil aufgeteilt werden, die jeweils als Staatenbunde organisiert sein sollten, wobei die einzelnen Länder über zahlreiche eigenständige Rechte sowie ein hohes Maß an lokaler Autonomie verfügen sollten. In einem späteren Dokument fügte einer der Verfasser des Memorandums von 1943 hinzu, diese Strategie allein genüge nicht, denn die politische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten könnte eine **Wiedervereinigung** der verschiedenen deutschen Staaten ermöglichen. In diesem Fall würde das vereinte Deutschland sofort wieder über ein riesiges industrielles Potenzial verfügen, wenn die Industrie an der Ruhr nicht zerstört wird. Letztlich verfügten die Alliierten dann eine gemäßigte physische Demontage und eine gemäßigte politische Dezentralisierung.

Auch wenn Morgenthau vor allem Deutschlands Fähigkeit zu einem Angriffskrieg beseitigen wollte, wollte er doch auf dessen Willen Einfluss nehmen. Wir müssen dabei zwischen zwei Ebenen der Willensbildung unterscheiden: Zum einen haben wir den Wunsch der Deutschen als Individuen, Krieg zu führen. Zum anderen geht es um die Ausbildung einer nationalen Politik durch die Aggregation individueller Präferenzen. Die Strategie der politischen Dezentralisierung zielte auf die Fähigkeit zur Aggregation (Vereinigung) der Einzelwillen. Nach Ansicht Morgenthau musste die Strategie jedoch durch Maßnahmen ergänzt werden, die darauf gerichtet waren, die Einstellung der Deutschen als Individuen zu verändern. So fasste Morgenthau eine Diskussion mit Stimson am 23. August 1944 folgendermaßen zusammen: Morgenthau: „**wenn man die kleinen Kinder von heute von SS-Leuten erziehen lässt, denen der Hitlerismus eingebläut wurde, bedeutet das nicht, dass man eine weitere Generation von Deutschen heranzüchtet, die Krieg führen will ?**“ Er meinte, das sei richtig.

Darufhin sagte ich (Stimson) : „**Glauben sie nicht auch, dass man sich am besten an Hitlers eigene Methode halten und diese Kinder vollständig von ihren Eltern trennen und zu Mündeln des Staates machen sollte und das ehemalige amerikanische, englische und russische Offiziere diese Schulen leiten und diesen Kindern den wahren Geist der Demokratie vermitteln sollten ?**„

Die bisher zitierten Aussagen legten nahe, dass es zweierlei Maßnahmen bedarf, einmal im Hinblick auf die Fähigkeit der Deutschen zum Krieg und zum anderen im Hinblick auf deren Willen. Später schlug Morgenthau vor, die Alliierten sollten den Mechanismus der „ adaptiven

Präferenzen“ nutzen. Indem man sich mit den Möglichkeiten der Deutschen befasst, kann man gleichzeitig deren Wünsche beeinflussen. Als Reaktion auf Stimsons Kritik an seinem Plan schrieb er: „Ob die Hoffnung auf die Eroberung der Welt weiter besteht, hängt nicht davon ab, für wie hart oder weich die Deutschen unser Vorgehen halten. Die Hoffnung wird weiterglimmen, wenn die Deutschen das Gefühl haben, dass sie noch immer dazu in der Lage sind, die Welt zu erobern. Der Hoffnungsfunke wird erloschen, sobald das deutsche Volk merkt, dass es sich selbst schadet, wenn es sich die Eroberung anderer Völker zum Lebensziel macht.

Kriegsminister Stimson war in dieser Angelegenheit völlig anderer Meinung. **v( Stimsons Haltung war eventuell auf doppelte Weise durch seinen Antisemitismus bestimmt. Zum einen neigte er vermutlich dazu, Morgenthaus Ansichten abzulehnen, weil dieser Jude war, zum anderen dürfte er dem Holocaust weniger Gewicht beigemessen haben als anderen deutschen Gräueltaten. In seinen Tagebüchern spricht Stimson im Hinblick auf die Vernichtungslager immer wieder von den so „genannten Gräueln“.**

Er war nachdrücklich dafür, die NS-Führung vor Gericht zu stellen statt sie einfach so hinzurichten, und sprach sich mit gleichen Nachdruck gegen die De-Industrialisierung aus. Seine Ansichten tat er zunächst, vor dem Treffen in Quebec in zwei Memoranden an Roosevelt kund; eines reagierte auf einen Vorschlag von Außenminister Cordell Hull, das andere auf den Morgenthau-Plan. Auf Hulls Vorschlag, der Lebensstandart der Deutschen solle auf Subsistenzniveau (Selbsterhalt der Lebenshaltung) **( In Gesprächen äußerte Morgenthau die gleichen oder noch härtere Vorstellungen. Wenn der offizielle Plan des Finanzministeriums nicht explizit von einer Verringerung des Lebensstandart spricht, so vermutlich deshalb, weil es sich um eine solch offensichtliche Konsequenz handelte, das man sie eigens erwähnen zu müssen glaubte.)** gehalten werden, antwortete Stimson: „Wenn damit die Armutsgrenze gemeint ist, würde das bedeuten, dass man das deutsche Volk zu einem Zustand der Sklaverei verdammt, in dem man, ganz egal wie hart oder tüchtig man arbeitet, seine ökonomische Stellung nicht grundlegend verbessern kann. Ein solches Programm würde meiner Ansicht nach zu Spannungen und Ressentiments führen, die jeden unmittelbaren Zugewinn an Sicherheit bei weitem überwogen und dazu führen würden, **die Schuld der Nazis sowie die Abscheulichkeit ihrer Ideologie und ihrer Taten zu verschleiern.** Solche Methoden verhindern in meinen Augen keine Krieg, sie sind eher dazu angetan, einen neuen Krieg heraufzubeschwören.

Die hier kursiv fett gesetzte Passage (Text) erinnert an Aussagen Stimsons, die er einige Tage zuvor (28.Aug.44) im Gespräch mit John McCloy gemacht hatte: ***Wir sollten stets im Auge haben, dass eine wirkungsvolle Bestrafung erforderlich ist, um den deutschen Volk die in seinem Namen verübten Verbrechen vor Augen zu führen und damit ein ähnliches Verhalten in Zukunft zu verhindern, ohne den Menschen zugleich die Hoffnung zu nehmen, dass die deutsche Gemeinschaft in Zukunft wieder respektiert wird. Denken wir daran: Diese Bestrafung dient der Prävention (vorbeugende Maßnahme, um das ein solcher Prozess nicht mehr stattfindet) nicht der Rache. Und Prävention besteht unter anderem darin, sicher zu stellen, dass der Bestrafte sich seiner Schuld bewusst ist.***

Zwar spricht Stimson hier von Bestrafung als einer Form der Prävention, doch findet sich in der Kausalbezeichnung, die er dabei behauptet, keine spezielle oder allgemeine Abschreckung. Der Abschreckungsmechanismus betrachtet individuelle Motive als gegeben und versucht das Verhalten durch Veränderungen in der „ Belohnungsstruktur“ zu beeinflussen. Im Gegensatz dazu ist Stimson der Ansicht, wenn die Deutschen das Böse ihres Tuns verstünden, würden sie Schuldgefühle empfinden, was zur einer Veränderung der Motive selbst führe. Zu diesem Zweck bedürfe es fairer Verfahren gegen die NS-Verbrecher und einer humanen Behandlung der gewöhnlichen Deutschen. Summarische Hinrichtungen und Hungermaßnahmen hätten die gegenteilige Wirkung.

Stimson wollte eine Bestrafung, welche die Chancen eines künftigen Angriffskrieg **von Seiten Deutschlands** reduzierte. Robert Jackson hingegen, der amerik. Hauptankläger im Nürnberger Prozess, wollte dass **jede Nation** künftig von Krieg und Kriegsverbrechen abgeschreckt wurde.

In einem Bericht an Präsident Truman vom 6. Juni 1945 formulierte Jackson diesen entscheidenden Schritt hin zu einer allgemeinen Abschreckung folgendermaßen:

***Durch diese Prozesse sollten wir deutlich machen, dass jeder, der künftig die Zivilisation in ähnlicher Weise attackiert, zu erwarten hat, dass er vor dem Gesetz dafür zur Verantwortung gezogen wird. Nachdem wir in den Krieg eingetreten sind, und unsere Soldaten und unseren Reichtum eingesetzt haben, um diese Verbrecher unschädlich zu machen, herrschte bei unserem Volk das allgemeine Gefühl, dass am Ende dieses Krieges unmissverständliche Regeln und ein praktikabler Mechanismus stehen sollten, die jedem vor Augen führen, dass Verbrecher, ganz egal***

***wo sie ihr Unwesen treiben persönlich verantwortlich sind und bestraft werden.***

Theoretisch mag dieses Ziel mit Stimson's Ansinnen unvereinbar sein. Die Bestrafung, die man braucht, um die Wahrscheinlichkeit künftiger nichtdeutscher Aggressionen zu verringern, müsste schwer sein, dass die Wahrscheinlichkeit künftiger deutscher Aggressionen wieder zunimmt, denn beide Wirkungen werden durch unterschiedliche Mechanismen erreicht. Gleichwohl prägte der Nürnberger Prozess das internationale Recht, wie Jackson diese beabsichtigt hatte. (Otto Kirchheimer weist 1967 darauf hin, dass „der einzigartige Präzedenzfall ein Bumerang wäre, wenn er die Matadoren eines künftigen Krieges dazu brächte, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, statt sich zu ergeben und das Schicksal von Kriegsverbrechern zu erleiden“. Ähnlich spricht 1991 Samuel Huntington in der Literatur davon, dass „die ersten Maßnahmen im Vergleich der Regierung Alfonsin bei der Verfolgung der früheren Militärmachthaber einige Militärs in Uruguays dazu veranlassten, vom vereinbarten Machtverzicht abzurücken.“ Gleiches findet sich im Editorial des *Economist* v.31. Aug. 1996: „Man darf vermuten, dass sich weder die Generäle, die in Myanmar (Birma) herrschten, noch Präsident Suharto in Indonesien noch die kommunistische Partei Chinas durch das Schicksal der Herren Chun und Roh dazu ermutigt fühlen, mehr Demokratie zuzulassen. Schließlich gab Roh die Macht auf so ehrbare Weise ab, wie es einem Militär nur möglich ist. Nun ist er dem Demokratisierungsprozess zum Opfer gefallen, den er mit in Gang gesetzt hat. Die nervösen asiatischen Diktatoren ziehen daraus möglicherweise die Lehre, Demokraten, die vor der Tür stehen, auszuschließen und nicht hereinzubitten.“)

Stimson war „kategorisch“ gegen die Demontage der industriellen Struktur Deutschlands: „In einer Zeit, da die Welt unter der Zerstörung leidet und dringend der Produktion bedarf, erscheint mir das Konzept der totalen Vernichtung (der industriellen Ressourcen im Ruhrgebiet) völlig falsch.“ Kurzfristig ließ sich Roosevelt von dieser Argumentation nicht beeinflussen. Nach der Entscheidung in Quebec (wo Morgenthau als einziges Kabinettsmitglied dabei war) verfasste Stimson (Kriegsminister) ein drittes Memorandum. Zunächst wandte er sich darin gegen die beiden Teile von Morgenthau's Wunsch/ Möglichkeit-Argumentation und behauptete, die Vorschläge aus dem Finanzministerium „werden durch Verbitterung und Leid einen neuen Krieg heraufbeschwören und nicht dafür sorgen, dass die Deutschen keinen Krieg mehr wollen oder einen solchen nicht mehr führen können. Die nüchterne Betrachtung lehrt, dass Armut in einem Teil der Welt üblicherweise auch zu Armut in anderen Teilen führt. Erzwungene Armut ist noch schlimmer, denn sie zerstört nicht nur den Mut des Opfers, sondern setzt auch den Sieger in seiner Würde herab. Das wäre ein ebensolches Verbrechen, wie es die Deutschen selbst an ihren Opfern vorexerzieren wollten.“

Bei anderer Gelegenheit bemerkte Stimson, der Morgenthau-Plan bedeute nichts anderes als „Brutalität mit Brutalität“ zu bekämpfen. In seinen Notizen und Gesprächen benutzte Morgenthau diesen Vergleich mit den Nazi-Methoden wiederholt als Argument **für** sein Vorhaben. Im Zusammenhang mit dem oben zitierten Vorschlag, bei der Erziehung der Kinder Hitlers Methode zu übernehmen, erwähnt er auch Stimson's Einwand gegen seinen Plan, wonach man dann einen Großteil der deutschen Bevölkerung aus dem Land schaffen müsse. Darauf antwortete Morgenthau: „Das ist nicht annähernd so schlimm, als wenn man sie in Gaskammern schicken würde.“ Als Harry Dexter White einen Journalisten erwähnte, der „aufstand und auf sehr eindrucksvoll demagogische Weise gegen den Plan wetterte, weil er gegen jegliches moralische Gebot verstoße, kommentierte Morgenthau dies mit den Worten: „**Ein oder zwei Millionen Menschen in Gaskammern zu schicken ist dann vermutlich eine gottgleiche Tat.**“

Die Kohlegruben wurden nicht dicht gemacht. Der Plan zur Demontage der Fabriken wurde zwar aufrechterhalten, aber seine Umsetzung eingeschränkt. Da die deutschen Maschinen zumeist beschädigt in der Sowjetunion ankamen, änderten die Russen ihre Politik und entnahmen die Reparationen der laufenden Produktion. Die Ziele des Marshall-Plans waren mit der Entindustrialisierung nur schwer in Einklang zu bringen. Deutsche Arbeiter weigerten sich, sich an der Demontage zu beteiligen, die sie zu Recht als gegen die deutsche Konkurrenzfähigkeit gerichtet betrachten. Konrad Adenauer verglich die Demontage mit dem Versailler Vertrag, der „ die beste Propaganda für einen zügellosen Nationalismus“, gewesen sei. Nachdem die Zahl der zu zerstörenden Fabrikanlagen bereits 1947 von 1500 auf 859 reduziert worden war, wurde diese Zahl 1949 noch einmal nachhaltig verringert.

Die Alliierten wollten nicht nur den NS-Verbrechern den Prozess machen und die industrielle Struktur Deutschlands zerstören, sondern auch (wie 1919) das Risiko einer künftigen deutschen Aggression dadurch reduzieren, dass sie dem Land eine dezentralisierte Verfassung gaben. Der erste Schritt dazu erfolgte im Juli 1948 auf einer Konferenz in London, an der die drei westlichen Siegermächte sowie die Beneluxländer teilnahmen. Den letzten Schritt bildete die Verkündung des Grundgesetzes im Juni 1949. In den dazwischen liegenden Monaten wurde zwischen den Alliierten und den Deutschen intensiv verhandelt und um Positionen gerungen. Insgesamt scheint es den Deutschen besser gelungen zu sein, einen Keil zwischen die Alliierten zu treiben, als umgekehrt. Zwar behielten die Alliierten bestimmte Vetorechte im Hinblick auf die Verfassung, doch das Endergebnis unterschied sich vermutlich nicht allzusehr von dem, welches ein unbeschränkter Prozess mit sich gebracht hätte. Anfangs waren sich die Alliierten in ihrer Ablehnung einer starken deutschen Zentralregierung einig, denn man hatte, so der amerikanische Außenminister, Angst, „ dass eine solche allzu zur Herrschaft eines Regimes führen könnte, das den Nazis ganz ähnlich ist“. Die deutschen Sozialdemokraten behaupteten, die Amerikaner lehnten den Zentralismus auch wegen ihrer Aversionen gegen den Sozialismus ab. Nachdem die Kommunisten im Februar 1948 in Prag die Macht übernommen hatten, änderten Briten und Amerikaner ihre Einstellung. Die Angst vor einer kommunistischen Machtübernahme bremste die Dezentralisierungstendenzen deutlich ab: „ Wenn eine westdeutsche Regierung in ihren Handlungsmöglichkeiten so eingeschränkt wäre, dass sie mit den drängenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen nicht fertig wird, könnte eine Situation entstehen, die von der Sowjetmacht ausgenutzt werden könnte. Die Franzosen jedoch zogen aus der sowjetischen Bedrohung den entgegengesetzten Schluss: „Die Sowjets, so die Franzosen, hätten sich nur deshalb für die deutsche Einheit stark gemacht, weil eine Zentralisierung der Macht in Deutschland den Kommunisten die beste Möglichkeit biete, in die Regierung zu gelangen und die Kontrolle zu übernehmen. Die französische Delegation in London schlug einen losen Staatenbund vor, der sich an den amer. „*Articles of Confederation*“ orientierte. Die Zentralregierung sollte keine Steuern erheben dürfen, sondern ihre Einnahmen aus Zöllen und den Zuwendungen der einzelnen Staaten bestreiten. Das Dokument, das man am Ende verabschiedete, stand jedoch mit seinem komplexen Gleichgewicht, zwischen föderaler und bundesstaatlicher Macht der amerikanischen Verfassung von 1787 näher.

Uneinigkeit herrschte bei den Alliierten auch über die „Finanzfassung“ des Landes, das heißt über die Organisation der Bundesbank. Joseph Dodge, der Leiter der Finanzabteilung des *Office of Military Government of the United States (OMGUS)*, sprach sich 1946 für eine stark dezentral organisierte Bundesbank aus, um „ sicherstellen, dass die deutsche Finanzwelt nie mehr den Frieden der Welt stören kann“. Anfang 1947 argumentierte der Vertreter der Bank of England genau umgekehrt: „Errichtet man ein zu stark dezentralisiertes System, das dann in einer ähnlichen Finanzkatastrophe endet, wie Deutschland sie von 1926 bis 1933 erlebt hat, könnte dies einer zentralistischen und militaristischen Partei Auftrieb geben und sie womöglich wie 1933 an die Macht bringen. Diese anglo- amerikanische Kontroverse zeigt ganz deutlich gewisse Ähnlichkeiten mit der von vorigen Abschnitt beschriebenen franz-amerik. Meinungsverschiedenheit. Im Falle der Bundesbank freilich betrachtete man die vermeintlichen Vorzüge und

Gefahren einer Dezentralisierung nicht unter dem Gesichtspunkt irgendeiner sowjetischen Bedrohung. Als diese Bedrohung jedoch Ende 1947 konkrete Gestalt annahm, willigten die Amerikaner in einen Kompromiss ein.

Das zentrale Dilemma, vor dem die Übergangsjustiz nach 1945 in Deutschland stand, hatte schon John Maynard Keynes im Hinblick auf den Friedensvertrag von Versailles benannt:

*...ein Friede der Großmut oder der Gerechtigkeit und Billigkeit (...) konnte (...) nur die Wirkung haben, den Zeitraum für Deutschlands Wiedererholung abzukürzen und den Tag zu beschleunigen, da es noch einmal seine größeren Massen, seine überlegenen Hilfsquellen und seine techn. Geschicklichkeit gegen Frankreich schleudern würde. Daher die Notwendigkeit von „Bürgschaften“, und jede Bürgschaft, die genommen wurde, machte dadurch, dass sie Deutschland noch mehr reizte und so die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Revanche verstärkte, weitere Vernichtungsmaßregeln nötig. Wer diese Weltansicht hat (...), für den wird die Forderung eines Karthago-Friedens unvermeidlich, soweit er sich irgend mit den heute zur Verfügung stehenden Machtmitteln erzwingen lässt. (Keynes 1920,26)*

War man zu nachgiebig, hätte Deutschland schon bald wieder die **Ressourcen**, um einen neuen Angriffskrieg vom Zaun zu brechen, war man zu streng, gäbe es schon bald eine strake **Motivation** dafür. Morgenthau beharrte 1945 auf ersterer Vorgehensweise ( und ignorierte oder leugnete gar die zweitgenannte), während es bei Stimson genau umgekehrt war. Wir werden niemals erfahren, ob Morgenthaus Politik, wie sie in der Militärdirektive JCS 1067 zum Ausdruck kommt und die auch nach seinem Abschied aus dem Amt im Juli 1945 in Kraft blieb, wirkungsvoller gewesen wäre, wenn sie nicht nur aus der Angst vor dem Kommunismus resultiert hätte“.

„Schon im August des gleichen Jahres jedoch warnte General Clay davor, die Deutschen verhungern zu lassen: Man steht nicht vor der Wahl, ob man ein Kommunist mit 1500 Kalorien am Tag oder ein Anhänger der Demokratie mit 1000 Kalorien am Tag wird“.

**Quelle und Autor:** Titel „ Die Akten Schließen“ von **Jon Elster** als Autor, aus dem englischen übersetzt von Andreas Wirthensohn ISBN 3-89331-645-0 Bonn 2005, Campus Verlag, Buch auf 328 Seiten,  
<http://www.campus.de/wissenschaft/politikwissenschaft/Politische+Soziologie.40373.html/Die+Akten+schlie%C3%9Fen.84966.html>

Auch erhältlich: Schriftenreihe Band 520 www.bpb.de; Titel: „Die Akten schließen“ Recht und Gerechtigkeit nach dem Ende von Diktaturen-

[http://www.bpb.de/publikationen/H042Y3,0,0,Die\\_Akten\\_schlie%DFen.html](http://www.bpb.de/publikationen/H042Y3,0,0,Die_Akten_schlie%DFen.html)

**Autor: Jon Elster ist Robert Merton Professor of Social Science an der Columbia University, die Originalausgabe erschien 2004 unter dem Titel „Closing the Books Transitional Justice in Historical Perspective“ bei Cambridge University Press;**

Zusammengestellt zu Aufarbeitungszwecken bezüglich Themen: DDR und DDR-Unrecht für Opfer der DDR-Diktatur und weiteren politisch orientierten Interessenten von sed-opfer-hilfe.de,  
Auszüge aus Seiten: 205-214